

Ex-post-Evaluierung – Tunesien

>>>

Sektor: Trinkwasserversorgung (CRS Kennung 14031)
Vorhaben: Wasserversorgung ländliche Streusiedlungen IV
 BMZ Nr. 1998 65 486*
Programm: Direction Générale du Génie rural et de l'Exploitation des Eaux (DGGREE)



Ex-post-Evaluierungsbericht: 2015

		Investition (Plan)	Investition (Ist)
Gesamtkosten	Mio. EUR	11,00	11,39
Eigenbeitrag	Mio. EUR	3,69	4,08
Finanzierung	Mio. EUR	7,31	7,31
davon BMZ-Mittel	Mio. EUR	7,31	7,31

*) Vorhaben in der Stichprobe 2014

Kurzbeschreibung: In dem als offenes Programm konzipierten Vorhaben wurden mit Hilfe von insgesamt 48 geförderten Einzelvorhaben Wasserversorgungssysteme in ländlichen Streusiedlungen in 8 ausgewählten Gouvernoraten Tunesiens rehabilitiert bzw. neu gebaut. Aufgrund von Akzeptanzproblemen für Zapfstellen wurde die Versorgung teilweise über Hausanschlüsse ergänzt. Das Programm ist Teil eines Serienvorhabens, das Anfang der 80er Jahre begonnen wurde. Der Träger und die lokalen Nutzergruppen wurden bzw. werden im Rahmen eines partizipativen Planungsansatzes beim Aufbau der Betriebsorganisation in den Dörfern unterstützt - zunächst über eine 2010 abgeschlossene und evaluierte Maßnahme - sowie seit 2012 über eine nach dem Umbruch wieder aufgenommene und auch für Folgephasen konzipierte personelle Unterstützung.

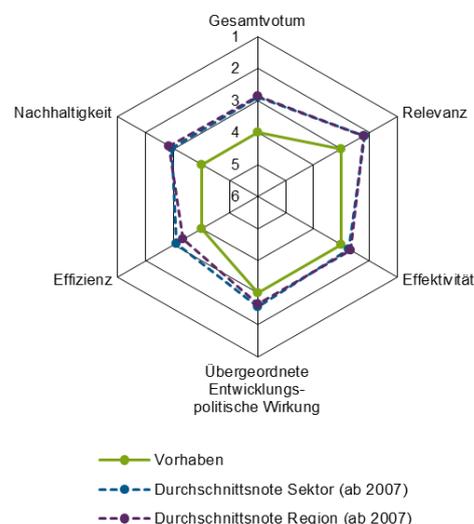
Zielsystem: Die in den Programmregionen lebende Bevölkerung sollte ganzjährig und in hinreichender Menge mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser versorgt werden (Programmziel/ "outcome"), wodurch zu verbesserten Gesundheits- und Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe beigetragen werden sollte (Oberziel/ "impact").

Zielgruppe: Die versorgte Bevölkerung der nach festgelegten Kriterien ausgewählten Dörfer war auf insgesamt 56.000 Nutznießer (Zielbevölkerung) geschätzt worden. Da etliche Systeme später in zusätzliche Ortsteile ausgeweitet wurden, sind mittlerweile (2015) etwa 87.000 Personen angeschlossen. Gerade in ärmeren ländlichen Gegenden sind Frauen häufig verantwortlich für Wasserbeschaffung, -transport und -verwendung und damit ein wichtiger Teil der Zielgruppe.

Gesamtvotum: Note 4

Begründung: Die Wasserversorgung hat zwar zu einer deutlich verbesserten Lebensqualität der Begünstigten beigetragen. Die Versorgungssicherheit leidet aber verschiedentlich, und rd. 1/3 der Versorgungssysteme sind mit ernsthaften Betriebsproblemen konfrontiert. 89 % der ursprünglichen Zielbevölkerung und etwa 52 % der tatsächlich angeschlossenen Bevölkerung werden kontinuierlich versorgt. Träger und lokale Selbstverwaltungen können bei größeren technischen Problemen und mangelnder Wasserverfügbarkeit längere Versorgungsunterbrechungen nicht abwenden. Bei intermittierender Versorgung ist die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Trinkwassers nicht gewährleistet.

Bemerkenswert: Trotz politischer Umbrüche kann die lokale Selbstverwaltung in vielen Einzelsystemen eine relativ regelmäßige Wasserversorgung sicherstellen. Die Nutzerbeiträge sind sozialverträglich und decken im Durchschnitt die Betriebskosten und einen Teil der Reparaturen und Ersatzteile. Die Nutzerbeiträge liegen mit umgerechnet 0,2 - 0,5 EUR/m³ unter den Vollkosten von durchschnittlich etwa 1,4 EUR/m³, entsprechen aber den landesweiten Vorgaben. Vielfach investieren Haushalte wegen Versorgungsunsicherheit in vom Staat subventionierte Zisternen.



Bewertung nach DAC-Kriterien

Gesamtvotum: Note 4

Rahmenbedingungen und Einordnung des Vorhabens

Die deutsche FZ hat seit 1981 in insgesamt vier Programmphasen die Wasserversorgung in ausgewählten ländlichen Streusiedlungen in Tunesien gefördert. Viele Versorgungssysteme wurden nach Programmende von tunesischer Seite bzw. mit Finanzierungen von Dritten z.T. beträchtlich ausgeweitet, was zu Überlastung und zusätzlichen Betriebsproblemen geführt hat. Bestandteil der FZ-Förderung war auch eine institutionelle Stärkung, um über die regionalen Landwirtschaftsämter (CRDA) die selbstverantwortlichen Nutzergruppen zum nachhaltigen Betrieb der Versorgungssysteme zu befähigen. Die entsprechende Personelle Unterstützung (PU) wurde 2010 abgeschlossen und positiv evaluiert. Nach dem politischen Umbruch 2011 erlebten viele Nutzergruppen tiefgreifende personelle Veränderungen, was z.T. auch mit dem Verlust betriebsrelevanten Fachwissens und einschlägiger Dokumentation einherging. Nicht zuletzt deshalb wurde die o.g. PU-Maßnahme ab 2012 durch eine Folgemaßnahme ergänzt, welche zum Zeitpunkt der Ex-post-Evaluierung (EPE) noch nicht vollständig abgeschlossen war und nicht Bestandteil dieser Evaluierung ist.

Relevanz

Die dem Vorhaben zugrunde liegenden Wirkungsbezüge zwischen dem identifizierten Kernproblem, den Programmmaßnahmen, dem Programm- und dem Oberziel sind nachvollziehbar abgeleitet. Das Kernproblem wurde bei Programmprüfung (PP) als die fehlende ganzjährig ausreichende, wohnortnahe Bereitstellung von unbedenklichem Trinkwasser definiert. Aus heutiger Sicht entspricht dies den Erwartungen und der Problemwahrnehmung im ländlichen Raum zwar im Grunde, doch strebt Tunesien inzwischen auch im ländlichen Raum eine Wasserversorgung über Hausanschlüsse an - und nicht, wie seinerzeit vorgesehen, über Zapfstellen. Das Programm hat einen nationalen Ansatz der selbstverwalteten Wasserversorgung in dünn besiedelten ländlichen Gegenden unterstützt und dafür Instrumente und Verfahren entwickelt, die immer noch sinnvoll sind und landesweit auch in Programmen anderer Geber verwendet werden. Da die Zielgruppe des Vorhabens die eher benachteiligten und teilweise armen Menschen im ländlichen Raum waren, entspricht die entwicklungspolitische Zielsetzung auch den Zielen der gültigen Strategiepapiere des BMZ (Armutsbekämpfung, Sektorkonzept Wasser) und trägt zur Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziel 7.c bei (Halbierung des Bevölkerungsanteils ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und Basissanitärversorgung bis 2015).

Die Selbstverwaltung durch Nutzergruppen stößt bei größeren technischen Problemen und Ressourcenknappheit an ihre Grenzen: Dieses Risiko wurde bei PP als hoch eingestuft und sollte durch die parallele personelle Unterstützung vermindert werden. Hinsichtlich der Wasserquantität sah man bei PP kein Risiko. Dies hat sich jedoch als Fehleinschätzung erwiesen, da zum Zeitpunkt der PP nicht mit den vielfachen Erweiterungen der Systeme gerechnet werden konnte, die nach der Revolution stattgefunden haben. Das zu Beginn festgestellte Risiko, dass bei der Wasserbereitstellung über Dritte, d.h. den nationalen Wasserversorger (SONEDE) oder andere, zur Lieferung kontrahierte Nutzerorganisationen (GDA), Engpässe auftreten bzw. Lieferverpflichtungen nicht erfüllt werden, hat sich als hoch erwiesen.

Relevanz Teilnote: 3

Effektivität

Das Programm "Wasserversorgung ländliche Streusiedlungen IV" hat dazu beigetragen, dass trotz der politischen Umbrüche in Tunesien ein substantieller Teil der Nutzerorganisationen (acht von zwölf besuchten GDA) eine regelmäßige Wasserversorgung - großenteils über Hausanschlüsse - im Wesentlichen sicherstellen kann. Die Schwierigkeiten der anderen besuchten GDA lagen im Wesentlichen in mangelnder Wasserverfügbarkeit. Die Wasserversorgung genießt eine hohe Wertschätzung der Nutzer. Knapp über ein Viertel der Haushalte in den besichtigten GDA werden jedoch zeitweilig (ganze Sommerwochen oder einzelne Wochentage) aufgrund von Wassermangel nicht kontinuierlich versorgt.

Im Jahr 2015 profitieren etwa 45.000 Menschen in der Programmregion von einer ganzjährigen und ausreichenden Trinkwasserversorgung. Das Programmziel von 90 % der Zielbevölkerung, d.h. 50.400 Einwohner, wird nicht ganz erreicht. Auch werden insgesamt durch das vorliegende Programm - und nachfolgende Erweiterungsinvestitionen mit Unterstützung anderer Geber - mit rd. 87.000 deutlich mehr Personen erfasst als ursprünglich geplant. Einzelne Systeme haben erhebliche Stillstandzeiten (größere Pannen, unzureichende Wasserlieferungen von SONEDE oder anderen GDA bzw. zu geringe Schüttung der Bohrbrunnen), so dass z.Zt. eine Bevölkerung von rund 23.500 Personen nicht ganzjährig versorgt werden kann. Daneben gibt es Systeme, in denen nicht alle Versorgungszonen kontinuierlich beliefert werden, die betroffene Bevölkerung (geschätzt 18.500 Personen) aber durch Bevorratung in staatlich geförderten Zisternen und teilweise auch durch Regenwassersammlung die Zeiten ohne Versorgung überbrückt. Vereinzelt wird wegen geschmacklicher Beeinträchtigungen (bspw. Salzgehalt) bevorzugt Regenwasser oder das Wasser anderer GDA konsumiert.

Bei Programmprüfung war eine Versorgung über Zapfstellen vorgesehen; man ging davon aus, dass aufgrund von Trockentoiletten keine Gesundheitsrisiken bei der Abwasserentsorgung entstehen. Im Verlauf der Durchführung wurde die Konzeption entsprechend umgestellt: inzwischen erfolgt die Versorgung auch im ländlichen Raum überwiegend über Hausanschlüsse, und eine Mehrheit der Haushalte nutzt Wasser-toiletten. Dennoch liegen die durchschnittlichen Verbrauchswerte kaum über den Annahmen bei PP, und Abwässer werden im Wesentlichen hygienisch unbedenklich über Sickergruben entsorgt.

Einige Nutzergruppen (vier der zwölf besuchten GDA) haben oder hatten in jüngster Vergangenheit erhebliche Stillstandzeiten aufgrund technischer Pannen und mangelnder Wasserverfügbarkeit - und zwar in zwei Fällen wegen unzureichender Belieferung durch den nationalen Wasserversorger SONEDE, in einem Fall durch parallele Belieferung eines Bewässerungssystems, in einem Fall wegen rückläufiger Schüttung des eigenen Bohrbrunnens. Die ehrenamtlichen Leitungsgremien dieser GDA sind für die erforderlichen Reparaturen und Ersatzinvestitionen auf Unterstützung angewiesen und können ihre eigenen Probleme wie Zahlungsverzug der Nutzer und gesperrte Strom- oder Wasserlieferung wegen eigener Außenstände oft nicht lösen. Die Unterstützung der GDA durch den Programmträger über die regionalen Landwirtschaftsverwaltungen (CRDA) funktioniert halbwegs, aber die materielle Ausstattung ist unzureichend, so dass größere Probleme oft über längere Zeit hinweg nicht gelöst werden.

Die Maßnahmen der Trägerstärkung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene werden von den Akteuren im Nachhinein sehr positiv bewertet. Der Selbstverwaltungsansatz erzielt an Standorten mit einer gewissen personellen Kontinuität befriedigende Ergebnisse. Ohne die durch das Programm geförderte lokale Verantwortung hätte die Wasserversorgung in den ländlichen Gebieten vermutlich unter den politischen Umbrüchen der letzten Jahre sehr viel mehr gelitten.

Seit Abschluss des Programms wurden viele neue Hausanschlüsse gelegt. Dadurch erhöhte sich der Wasserverbrauch teilweise über vorhandene Kapazitäten hinaus, in manchen Fällen führen falsch ausgeführte Hausanschlüsse zu Betriebsproblemen. Außerdem wurden - politisch motiviert - viele Systeme in zusätzliche Ortsteile ausgeweitet oder benachbarte Orte angeschlossen. Diese Investitionen erfolgten oft ohne sachgerechte Planung bzw. Berücksichtigung der Ressourcensituation und Auslegung des Ursprungssystems. Diese Zusatzmaßnahmen führen z.T. zu erheblichen Belastungen der Ursprungssysteme und letztlich für die sie betreibenden GDA.

Die Indikatoren für die Erreichung der bei Programmprüfung definierten Programmziele wurden für die EPE teilweise aggregiert und um den Aspekt der Wasserqualität ergänzt. Das angestrebte Versorgungsniveau war bspw. bei Neubau und Rehabilitierung jeweils gleich. Die bei Prüfung vorgenommene Unterscheidung zwischen menschlichem und sonstigem Verbrauch (wie Bewässerung) ist mangels gesicherter Daten nicht möglich; ebenso liegen für die technischen Verluste keine gesicherten Daten vor, sondern nur Angaben zu nicht verkauftem Wasser. Andererseits reichen die ursprünglichen Indikatoren nicht aus, um zu messen, ob tatsächlich nur die als unversorgt geltenden Haushalte auf andere Wasserquellen angewiesen sind. Hinsichtlich der Wasserqualität erfolgt verschiedentlich keine vollständige Chlorung des verteilten Wassers. Das Gesundheitsministerium stellt im Durchschnitt bei 14 % der Wasserentnahmen aus den ländlichen selbstverwalteten Systemen Keimbelastungen fest.

Bei schwierigen Rahmenbedingungen konnten in einer Zeit des politischen Umbruchs wesentliche Resultate erzielt werden. Die insgesamt noch knapp zufriedenstellende Zielerreichung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Indikator	Status PP	Ex-post-Evaluierung
(1) Bevölkerung im Versorgungsbereich der Einzelsysteme, die ganzjährig und ausreichend mit Trinkwasser versorgt wird	Die Bevölkerung ist nicht oder unzureichend versorgt. Vorgabe: 50.400 Personen (d.h. 90 % einer Zielbevölkerung von 56.000) werden in 20 neuen und 75 rehabilitierten Systemen versorgt.	Von 56.000 Personen werden rd. 45.000 ganzjährig ausreichend mit Trinkwasser in 11 neuen und 37 rehabilitierten Systemen versorgt. Indikator zu 89 % erfüllt (⇔ Vorgabe PP) bzw. zu 52% (⇔ tatsächlich erreichte Bevölkerungszahl von 87.000).
(2) Anteil der Zielbevölkerung (56.000), der zusätzlich Wasser kaufen oder anderweitig beschaffen muss	Nicht bekannt, aber hoch Vorgabe: Maximal 10 % nicht versorgt	Nur f. Gesamtbevölkerung (87.000) ermittelbar: Etwa 23.500 Personen (27 %) sind regelmäßig auf Wasser aus anderen Quellen angewiesen; weitere 18.500 Einwohner (d.h. 21 %) in intermittierend belieferten Zonen
(3) Verbrauch pro Kopf und Tag (l/cd)	Geschätzt 30 l/cd Vorgabe: 50 l/cd	57 l/cd in den funktionierenden Systemen (21 l/cd in Systemen mit Betriebsproblemen)
(4) Nicht verkaufte Wasser ("non revenue water"/ NRW)	Nicht bekannt Vorgabe: technische Verluste max. 20%	Nur Gesamtwerte ermittelbar (32 %) - 20 % in funktionierenden Systemen (14 l/cd) - 50 % in Systemen mit Betriebsproblemen (21 l/cd)
(5) Das Trinkwasser ist gesundheitlich unbedenklich	Gesundheitsrisiken vorhanden (keine Vorgabe formuliert)	Im Wesentlichen erreicht, aber Restrisiken in den Systemen ohne kontinuierliche Wasserversorgung (14 % der Proben keimbelastet)

Effektivität Teilnote: 3

Effizienz

Die Rehabilitation spielte im Vergleich zu dem Neubau von Systemen eine größere Rolle als geplant. Die vorgesehene Kostenbegrenzung bei Neubauten von maximal 450 TND je Einwohner (umgerechnet rd. 265 EUR) wurde fast immer eingehalten, während die Begrenzung bei Rehabilitation auf umgerechnet 88 EUR/ Kopf in gut der Hälfte der Einzelprojekte überschritten wurde. In vielen der besuchten Systeme übersteigen die Rehabilitierungs- und Erweiterungsinvestitionen seit Abschluss des Programms die Investitionen während des Programms. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die im Rahmen des Programms gesetzte Kostenbegrenzung nicht ausreichte, um die Systeme tatsächlich bis zu dem geplanten Horizont 2015 angemessen zu dimensionieren. Besonders die Investitionen in Systeme mit unzureichender Wasserversorgung erscheinen aus heutiger Sicht nicht effizient, da häufige Unterbrechungen der Wasserversorgung vor allem bei kalkhaltigem Wasser zu vorzeitigem Verschleiß der Versorgungssysteme durch Ablagerungen und zu Rohrverschlüssen führen. Die Programmdurchführung dauerte 130 statt 43 Monate. Wichtigste Gründe für die Verzögerung waren unzureichende Studien der zunächst beauftragten lokalen

Büros, schleppende Sammlung der geforderten finanziellen Beteiligung der Nutzer und Verzögerungen bei der Auftragsvergabe für Bauleistungen. Die Kosten der Consultingleistungen für die Durchführung der Investitionen haben sich gegenüber der Planung bei PP fast verdoppelt und lagen im Schnitt bei gut 20 % der Investitionen. Insgesamt ist die Produktionseffizienz als nicht mehr zufriedenstellend zu werten.

Stellenweise stieß die Auslegung auch wegen der großen Nachfrage nach Hausanschlüssen und der im Vergleich zur Planung tatsächlich z.T. höheren spezifischen Verbräuche an ihre Grenzen, besonders bei den nach Abschluss ausgebauten Systemen. Bereits während der Durchführung wurden wegen der intensiven Nachfrage vereinzelt Hausanschlüsse realisiert. Die Einzelinvestitionen im Rahmen des Programms erreichten nicht immer die geplante Lebensdauer wegen der o.g. Schwächen in der technischen Auslegung, intermittierenden Betriebs und kontraproduktiver Eingriffe wie dürtig geplanter Netzerweiterungen, nicht konformer Hausanschlüsse und vereinzelt auch Vandalismus. Ersatzinvestitionen erfolgen in der Regel erst einige Zeit nach dem Auftreten erster Probleme. Bei substantiellen Investitionen (z. B. Ersatzbrunnen) kann es durchaus zu Stillstandzeiten von bis zu 12 Monaten kommen.

Die besuchten GDA decken im Durchschnitt mit sozialverträglichen Nutzerbeiträgen von 0,5 - 1 TND/m³ (umgerechnet 0,25 - 0,5 EUR) nicht nur laufende Ausgaben (Personal, Strom, Betriebsstoffe usw.), sondern auch einen Teil der Ausgaben für Reparaturen und Ersatzteile. Die deutlich unter den Vollkosten liegenden Nutzergebühren werden politisch durch noch niedrigere städtische Wasserpreise gerechtfertigt. Es findet dadurch aber auch keine über den Preis gesteuerte Verbrauchsbegrenzung statt, bspw. über verbrauchsabhängig gestaffelte Tarife. Eine solche Verbrauchsbegrenzung findet anscheinend auch nicht in den Systemen statt, die nach Neubau dem Wasserversorger SONEDE übergeben wurden. Dort beklagen sich die Nutzer, dass ihr aufgrund ihrer ländlichen Lage höherer Wasserbedarf (Tiertränke, Gartenbewässerung) durch gestaffelte Tarife zu deutlich höheren Kosten führt als bei den GDA-betriebenen Systemen und sie doppelt und dreifach so viel bezahlen. Insgesamt hat die Allokationseffizienz als nicht mehr zufriedenstellend zu gelten.

Die CRDA schätzen den jährlichen Investitionsbedarf in den von ihnen betreuten ländlichen Systemen derzeit auf rund 40 bis 80 TND (d.h. 19 - 38 EUR) je Einwohner und Jahr. Dies entspricht bei Pro-Kopf-Verbräuchen von 20 m³ pro Jahr mindestens 2 TND/m³. Der Staat übernimmt insgesamt die Finanzierung von Investitionen und Ersatzinvestitionen in befriedigendem Umfang, wenngleich nicht immer zeitnah. Die für die Betreuung der GDA zuständigen regionalen Landwirtschaftsämter (CRDA) sind mit der Lösung von Problemfällen teilweise überfordert. GDA mit Betriebsproblemen sind häufig auch personell schwach besetzt und artikulieren ihre Probleme nicht so gezielt wie andere GDA. Damit werden die begrenzten finanziellen Ressourcen der CRDA eher dort eingeplant, wo GDA aktiv Unterstützung einfordern. Die Kapazitäten der CRDA reichen häufig nicht aus, um proaktiv Problemlösungen für schwache GDA zu entwickeln. Die Managementkosten der GDA liegen deutlich unter den Kosten anderer Betreiber (SONEDE, Privatsektor). Die GDA können ausreichend kompetentes Personal mit Primar- oder Sekundarbildung an sich binden. Zählerablesung und Rechnungsstellung werden in den gut funktionierenden GDA in der Regel entlohnt.

Effizienz Teilnote: 4

Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen

Das Programm sollte zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen sowie zur Verminderung der Gesundheitsgefährdung der ländlichen Bevölkerung beitragen. Die Zielgruppe bewertet vor allem die Hausanschlüsse als eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität. Während und vor allem nach der Programmdurchführung wurden sechsmal so viele Hausanschlüsse realisiert wie ursprünglich geplant. Die erhofften Gesundheitswirkungen werden jedoch nur teilweise erreicht (s.o. - "Effektivität"). Die erwarteten Gesundheitswirkungen sind auch dort eingeschränkt, wo das Wasser mikrobiell belastet ist (14 % der ländlichen Systeme). Die Gesundheitsgefährdung durch Abwasser ist vernachlässigbar, da die Haushalte in der Regel Sickergruben nutzen, wobei an Einzelstandorten ohne ausreichende Versickerung die Entsorgung des Grubenschlammes ein Restrisiko darstellt. Analog zur Effektivität werden die entwicklungspolitischen Wirkungen als noch zufriedenstellend bewertet.

Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen Teilnote: 3

Nachhaltigkeit

In der Regel übersteigen die erforderlichen Gebühren für Betriebskosten, Wartung und kleinere Reparaturen nicht die Leistungsfähigkeit der Nutzer. Erst recht seit der Revolution stellen aber v.a. in armen Gegenden mit hohen Betriebskosten eine niedrige Zahlungsbereitschaft und entsprechend geringe Einnahmen ein Nachhaltigkeitsrisiko dar. Häufig setzen die GDA zu niedrige Gebühren fest und vernachlässigen den erforderlichen laufenden Unterhalt der Anlagen. Hierdurch steigen die Folgekosten und die Pannenhäufigkeit. Dabei ist in naher Zukunft mit zusätzlichem Investitionsbedarf zu rechnen, v.a. für die Anpassung derjenigen Systeme (rd. 1/3 der Anlagen), deren Zielbevölkerung und z.T. auch die spezifischen Verbrauchswerte die ursprünglichen Annahmen übersteigen. Dies gilt auch für die Absicherung ausreichender Wasserressourcen für die Systeme, die derzeit wegen Ressourcenmangels, technischer Folgeprobleme und Managementschwächen der Nutzergruppen nicht oder nur unzureichend betrieben werden. Nach heutiger Einschätzung ist die Nachhaltigkeit bei mindestens 1/3 der Systeme gefährdet. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die o.g. PU-Maßnahme, welche u.a. auf die Nutzergruppen dieses Vorhabens zielt, zumindest auf mittlere Sicht zu verbesserten Betriebsperspektiven auch für die jetzt mangelhaft funktionierenden Systeme führt.

Die postrevolutionären Umstände haben u.a. zu wiederholten personellen Wechseln in den Selbstverwaltungen geführt - häufig mit der Folge, dass technische Dokumentation, Buchhaltungsunterlagen und Verfahrensdokumente nicht mehr auffindbar sind. Für funktionierende GDA finden sich in der Regel ausreichend kompetente Personen, die sich ehrenamtlich in den Aufsichtsrat wählen lassen, während bei GDA in Schwierigkeiten häufig kaum jemand dazu bereit ist. Die CRDA schaffen es nicht immer, die Managementprobleme einzelner GDA zu lösen und gerade neuen Managementteams ausreichend Unterstützung zu gewähren. In einzelnen Regionen erscheint vor allem eine weitere Fortbildung und Befähigung des CRDA-Personals erforderlich, um die Nachhaltigkeitsrisiken, die sich aus ungelösten Managementproblemen der GDA ergeben, zu lösen. Allerdings gelingt es den CRDA zumeist, Mitarbeiter mit geringerem Ausbildungsstand durch entsprechende Fortbildung für ihre Aufgaben ausreichend zu befähigen, wobei diese i.d.R. auch für länger von den GDA gehalten werden.

Aus heutiger Sicht hat sich der auf lokaler Selbstverwaltung basierende Programmansatz für den Betrieb von Systemen mit ausreichenden Wasserressourcen und ohne größere technische Probleme bewährt, er stößt aber bei problematischen Betriebsbedingungen an seine Grenzen (s.o.).

Nachhaltigkeit Teilnote: 4

Erläuterungen zur Methodik der Erfolgsbewertung (Rating)

Zur Beurteilung des Vorhabens nach den Kriterien **Relevanz, Effektivität, Effizienz, übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen** als auch zur abschließenden **Gesamtbewertung** der entwicklungspolitischen Wirksamkeit wird eine sechsstufige Skala verwendet. Die Skalenwerte sind wie folgt belegt:

Stufe 1	sehr gutes, deutlich über den Erwartungen liegendes Ergebnis
Stufe 2	gutes, voll den Erwartungen entsprechendes Ergebnis, ohne wesentliche Mängel
Stufe 3	zufriedenstellendes Ergebnis; liegt unter den Erwartungen, aber es dominieren die positiven Ergebnisse
Stufe 4	nicht zufriedenstellendes Ergebnis; liegt deutlich unter den Erwartungen und es dominieren trotz erkennbarer positiver Ergebnisse die negativen Ergebnisse
Stufe 5	eindeutig unzureichendes Ergebnis: trotz einiger positiver Teilergebnisse dominieren die negativen Ergebnisse deutlich
Stufe 6	das Vorhaben ist nutzlos bzw. die Situation ist eher verschlechtert

Die Stufen 1–3 kennzeichnen eine positive bzw. erfolgreiche, die Stufen 4–6 eine nicht positive bzw. nicht erfolgreiche Bewertung.

Das Kriterium **Nachhaltigkeit** wird anhand der folgenden vierstufigen Skala bewertet:

Nachhaltigkeitsstufe 1 (sehr gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unverändert fortbestehen oder sogar zunehmen.

Nachhaltigkeitsstufe 2 (gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nur geringfügig zurückgehen, aber insgesamt deutlich positiv bleiben (Normalfall; „das was man erwarten kann“).

Nachhaltigkeitsstufe 3 (zufriedenstellende Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich zurückgehen, aber noch positiv bleiben. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die Nachhaltigkeit eines Vorhabens bis zum Evaluierungszeitpunkt als nicht ausreichend eingeschätzt wird, sich aber mit hoher Wahrscheinlichkeit positiv entwickeln und das Vorhaben damit eine positive entwicklungspolitische Wirksamkeit erreichen wird.

Nachhaltigkeitsstufe 4 (nicht ausreichende Nachhaltigkeit): Die entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens ist bis zum Evaluierungszeitpunkt nicht ausreichend und wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht verbessern. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die bisher positiv bewertete Nachhaltigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit gravierend zurückgehen und nicht mehr den Ansprüchen der Stufe 3 genügen wird.

Die **Gesamtbewertung** auf der sechsstufigen Skala wird aus einer projektspezifisch zu begründenden Gewichtung der fünf Einzelkriterien gebildet. Die Stufen 1–3 der Gesamtbewertung kennzeichnen ein „erfolgreiches“, die Stufen 4–6 ein „nicht erfolgreiches“ Vorhaben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vorhaben i. d. R. nur dann als entwicklungspolitisch „erfolgreich“ eingestuft werden kann, wenn die Projektzielerreichung („Effektivität“) und die Wirkungen auf Oberzielebene („Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen“) **als auch** die Nachhaltigkeit mindestens als „zufriedenstellend“ (Stufe 3) bewertet werden.